

19. Dezember 2008

## Leserbriefe

Zweckverband DYN A 5

Helle hat Rückgrat

Reaktionen auf den Leserbrief "So handelt kein Bürgervertreter" von Horst Queck (BZ vom 13. Dezember 2008) und "Zinslast bedrückt" (BZ vom 16. Dezember) von Franz-Josef Helle.



Sorgt ohne Ende für Gesprächsstoff: German Pellets und die Ansiedlungspolitik des DYN-A-5-Zweckverbandes. | Foto: MEYER

Was erlauben Queck? Diese Anleihe an Trapattonis Wutrede beim FC Bayern bietet sich einfach an. Denn auch im Falle von Herrn Horst Karl Queck geht es um Anmaßung und falsche Einschätzung der eigenen Wichtigkeit. Denn nicht Herr Helle hat seine Rolle als Bürgervertreter

missverstanden, sondern Herr Horst Karl Queck die seine als Bürgerinitiative-Vertreter. Seine permanenten Versuche, gewählte Mandatsträger zu diffamieren und sie zu bezichtigen, ihre Entscheidungen nicht zum Wohle der Bürger zu treffen, sind für mich mittlerweile unerträglich. Ich finde es ermutigend, dass es noch Bürgervertreter in unserer Stadt gibt, die öffentlich eine Meinung vertreten, die sich nicht unbedingt mit der von Herrn Queck und anderen decken muss. Das ist so nicht überall der Fall.

Über die wirtschaftliche Problematik auf DYN A 5 kann nicht nur in Form von Sonntagsreden mit eingebauter Beifall-Garantie gesprochen werden. Dass sich daraufhin Herr Helle von Herrn Horst Karl Queck als nicht mehr wählbar abstempeln lassen muss, sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen(...).

Rolf Küntzler, Ettenheim

Politiker verantwortlich

Die Sorgen von Herrn Helle sind nachvollziehbar. Jedoch sind für die finanzielle Schiefelage alleine die Vertreter des Zweckverbandes und nicht die betroffenen Bürger verantwortlich. Wer einen solchen Industriekoloss (größtes Pelletswerk) ansiedeln will, hat die verdammte Pflicht, sich nicht oberflächlich sondern tiefgründig über die Auswirkungen auf die gesamte Raumschaft sachkundig zu machen. Keine organisierten Kaffeefahrten, sondern ein unvorbereiteter Besuch an den ersten zwei German-Pellets Standorten und Gespräche mit Betroffenen vor Ort wären sinnvoller gewesen.

Der ehemalige Ortsvorsteher von Orschweier hat das gemacht; seine Bedenken wurden nicht gehört – im Gegenteil, er wurde dafür öffentlich diskreditiert. Bei der Ansiedlung eines solchen extrem belastenden Industriebetriebes muss die Bauplanung offen, ehrlich und absolut korrekt sein. Was hier jedoch abläuft ist blamabel. Informationen werden zurückgehalten, keiner fühlt sich mehr zuständig, Aufsichtsbehörden schieben die Verantwortung ab (...).

Jetzt soll die bedrückende Schuldenlast auf dem Rücken der Bürger und der Betriebe im Umkreis von DYN A5 abgeladen werden. Ansässige Firmen und solche, die hier ein Gewerbe ansiedeln wollen erleiden jetzt schon Nachteile. Die Grenzwerte der TA-Lärm werden für die angrenzende Wohnbebauung willkürlich erhöht. Bürger, die dagegen Widerspruch eingelegt haben, warten seit eineinhalb Jahren auf eine Nachricht.

Niemand kann uns in Orschweier vorwerfen, wir wären industriefeindlich. Wir haben mehr Gewerbebetriebe um uns herum als manche Stadt oder einige Dörfer zusammen. Und wir sind bisher mit diesen Betrieben sehr gut klar gekommen. Deshalb sollte sich niemand anmaßen, leichtfertig über unsere Beschwerden zu urteilen, nur um seine eigenen Fehler zu korrigieren. Mit einem Beschluss ein angrenzendes Wohngebiet als "weniger schützenswert" herunter zu stufen, damit GP mehr Lärm machen darf, wird den Bürgern ein erheblicher Vermögensschaden zugefügt. Herr Helle, auch Sie tragen daran mit Verantwortung! Der Gipfel ist, dass Herr Helle sinngemäß den hier schon lange ansässigen Betrieben vorwirft, sie hätten einen Vorteil gegenüber ansiedlungswilligen Betrieben auf DYN A5. Soll das heißen, dass man jetzt schon beginnen muss, am Bestandsschutz ansässiger Firmen um DYN A5 zu kratzen, nur um die Fehlplanung zu heilen. Es wird immer deutlicher, DYN A5 hätte nie als Industriegebiet erschlossen werden dürfen. Allein von den täglich anfallenden 1370 Euro Zinsen könnte man wahrlich eine sinnvollere Wirtschaftsförderung betreiben. Zum Beispiel eine Stärkung mittelständischer Betriebe, die zu uns passen und mit denen wir gut zusammen leben können.

Peter Ohnemus, Orschweier  
Neue Taktik

Herrn Helle drückt die Zinslast? Das hoffe ich wohl sehr, hat er doch vermutlich mit der Mehrheit der Stadträte nicht nur für das Industriekonzept, sondern auch für die (zinspflichtige) Vorfinanzierung der Erschließung gestimmt. Es ist ihm als Ortsvorsteher und gewähltes Zweckverbandsmitglied klar, dass im Wirtschaftsleben kein Unternehmen etwas zum Vergnügen und Vorteil eines anderen unternimmt, sondern selbst Geld verdienen will, wenn es 10 Millionen Euro vorschießt. Und dass das Risiko die Gemeinde trägt, war ihm sicher damals auch klar. Was könnte der Gemeinderat mit 500000 Euro jährlich alles anfangen – Schulen, Kindergärten, Stadtsanierung. Die Schulden drücken alle steuerzahlende Bürger. (...)

Mir unverständlich aber bleibt Herrn Helles Argumentation zu den Lärmquellen: Was war den früher da? GP ? Oder ehemals das BASF-Gelände? Oder die neue Tankstelle? Wer nimmt wem Lärmkontingente? Offensichtlich doch GP allen künftigen und übrigen Interessenten, die noch kommen könnten. Offenbar beabsichtigt der Zweckverband sogar, alle Lärmkontingente ausschließlich für GP zu kontingentieren. Und ist es nicht GP als Unternehmen, das die gesetzlich verordneten Grenzwerte überschreitet? Wieso müssen

eigentlich die Steuerzahler für die Lärmgutachten aufkommen?

Also muss man das Lärmkontingent zugunsten GP erhöhen. So verstehe ich Herrn Helle. Das wird offenbar schon angedacht – ohne Rücksicht auf die Bewohner der Umgebung und ohne Rücksicht auf die Frage, wer denn noch als Ansiedlungsinteressent für DYN A5 übrig bleibt. Wer will denn wohl sich an einem Standort ansiedeln, wo täglich 24 Stunden Lärm herrscht, unberechenbare Stäube emittiert werden (...), wo es ständig nach frische und leicht verrottenden Hölzern riecht, dem sich gelegentlich oder künftig noch der Geruch verbrannter Kunststoffe von A2-Hölzern beimischt? Der weitere Ausbau von GP führt unweigerlich dazu, jedwede ortsverträgliche Gewerbeansiedlung zu verhindern.

Wie umsichtig und erfolgreich an anderen Standorten entlang der A5 trotz der Wirtschaftskrise geplant und Ansiedlungspolitik betrieben wird, kann man entlang der A 5 im Norden und Süden sich ansehen. Rewe geht nach Lahr – Ettenheim kam gar nicht infrage (...).

Die Bürgerschaft hat sich gegen die Ansiedlungspläne eines Biomassekraftwerkes ganz eindeutig entschieden. Gleichwohl scheinen Stadträte und Bürgermeister die Politik auf die Verwirklichung des von Herrn Metz schon immer favorisierten Planes eines Clusters (Holzverarbeitung, Hobelwerk und Biomassekraftwerk) nicht aufzugeben. Nur die Taktik hat sich geändert: den zeitlichen Ablauf der Bindungswirkung des Bürgerentscheides abwarten und in kleinen Schritten Fakten schaffen: Lärmkontingente anheben, zusätzliche Heizwerke für GP genehmigen (obwohl der Betrieb doch tadellos mit dem jetzigen, wohl endlich genehmigten Heizwerk läuft), und infolgedessen eine danach noch zu beantragende zweite Produktionslinie genehmigen. Dafür dient das zweite Heizkraftwerk.

Dahinter steht dann das Biomassekraftwerk, nach Ablauf der Bindungsfrist. Und wo eins steht, kommt ein zweites – siehe ganz in der Nähe das Beispiel Kehl.

Andreas Zschoch, Ettenheim

Autor: bz